



28.04.2023

Liebe Genossinnen und Genossen,

liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

gute Nachrichten aus Gräfenhausen! Seit mehreren Wochen streikten dort usbekische und georgische LKW-Fahrer, die kein Geld ihrer Spedition erhalten hatten. Menschenunwürdige Zustände, die es in Europa und unserem gemeinsamen Binnenmarkt nicht geben darf. Ich habe mir kurz nach Ostern selbst ein Bild vor Ort gemacht und meine Solidarität ausgedrückt. Mit dem solidarischen Protest der Fahrer ist es nun gelungen, auf die untragbaren Zustände für viele Fernfahrerinnen und Fernfahrer aufmerksam zu machen und die Spedition dazu zu verpflichten, allen Fahrern das ihnen zustehende Geld auszuzahlen. Auch wurde auf rechtliche Schritte gegenüber den Fahrern verzichtet. Vielen Dank an alle, die bei der Versorgung geholfen haben vor allem an die FaireMobilität des DGB, an ver.di sowie das Road Transport Due Diligence Team (RTDD), die die streikenden Fahrer unterstützt und zu diesem Erfolg maßgeblich beigetragen haben!



Überall brauchen wir Fachkräfte. Es fehlen Jahr für Jahr über 350.000 Arbeitskräfte, um die Lücke zu schließen. Deshalb haben wir in der Ampelkoalition dem Fachkräftemangel den Kampf angesagt und setzen endlich das um, was jahrelang mit der Union nicht möglich war. Dabei wollen wir alle Potentiale nutzen. Mit dem Bürgergeld, dem inklusiven Arbeitsmarkt und besseren Betreuungsangeboten, um die Erwerbsbeteiligung von Frauen zu stärken, haben wir bereits einiges auf den Weg gebracht, um inländische Potentiale zu nutzen. Mit dem Aus- und Weiterbildungsgesetz, welches wir diese Woche in erster Lesung im Bundestag beraten haben führen wir diesen Weg fort und führen einen Rechtsanspruch auf Ausbildung ein.

Neue **Fachkräfte** braucht das Land!

Mehr **rausholen!**

*Wer sich qualifizieren will,
wird besser gefördert.*

Mehr **reinholen!**

*Wer qualifiziert ist,
kann einfacher einwandern.*

SPD Fraktion im
Bundestag

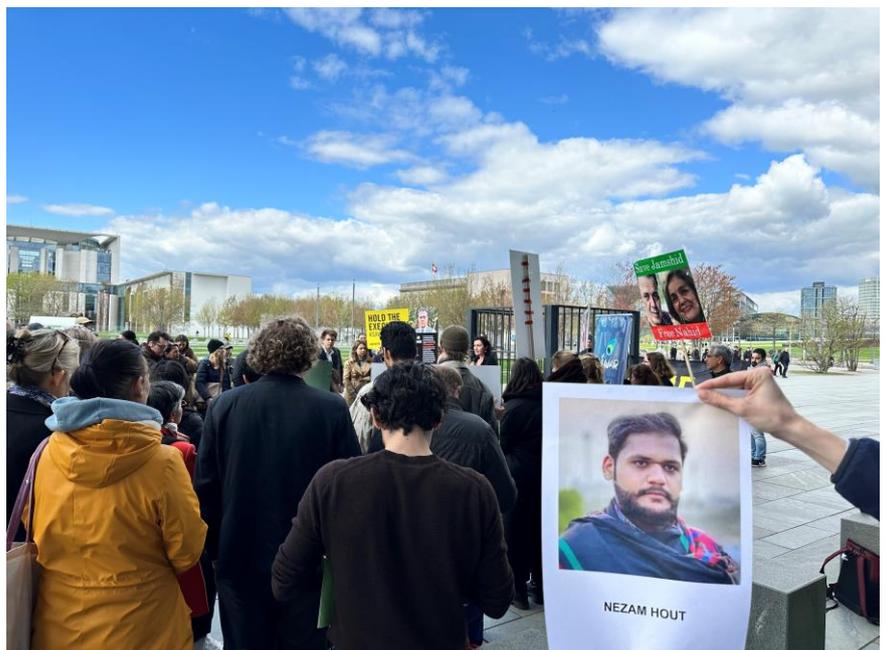
Wer trotz Bemühen keinen betrieblichen Ausbildungsplatz bekommt dem garantieren wir einen außerbetrieblichen Ausbildungsplatz. Denn eine gute Ausbildung ist der Grundstein für einen guten Arbeitsplatz und ein sicheres Einkommen.

Zudem unterstützen wir Unternehmen, die ihre Arbeitsabläufe umstellen müssen mit dem Qualifizierungsgeld. Das bedeutet, dass wir notwendige Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen finanziell fördern, damit die Arbeitnehmer von heute auch die Arbeit von morgen machen können und Beschäftigte im Wandel unterstützt werden.

Es ist aber auch klar: Alleine die inländischen Potentiale zu nutzen wird nicht ausreichen, um die Fachkräftelücke zu schließen. Wir sind darauf angewiesen, dass mehr Fachkräfte aus dem Ausland nach Deutschland kommen und unseren Wohlstand sichern. Mit dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz, das wir ebenfalls in

dieser Woche in erster Lesung beraten haben, gehen wir hierzu einen wichtigen Schritt. Wir müssen ein attraktives Einwanderungsland werden. Allen Menschen, die in Deutschland arbeiten, studieren oder eine Ausbildung machen wollen, müssen wir deutlich sagen: Schön, dass Ihr da seid. Dafür verkleinern wir bürokratische Hürden, indem wir die Anerkennung von ausländischen Berufsabschlüssen vereinfachen. [\(Wie das genau aussieht, habe ich in einer der letzten Ausgaben meines Newsletters bereits erklärt\)](#)

Der deutsch-iraner Jamshid Sharmahd sitzt seit gestern seit 1000 Tagen im Iran im Gefängnis. Seitdem durfte er lediglich zweimal mit seiner Frau telefonieren. Gestern wurde vor dem Bundestag gegen seine Inhaftierung und gegen die Inhaftierung von allen unschuldigen Iranerinnen und Iranern, die ihre Stimme gegen das Regime erhoben haben demonstriert. Auch ich habe die Patenschaft für den zum Tode verurteilten Iraner Nezam Hout übernommen und weiter leider keine Informationen von Seiten der Botschaft erhalten. Ich fordere weiterhin die sofortige Aufhebung der Todesurteile sowie die Freilassung aller zu Unrecht Inhaftierten Menschen im Iran. Um weiter über die iranische Botschaft in Berlin Druck auf das Regime auszuüben, habe ich eine Postkartenaktion für Nezam Hout gestartet. Die Postkarten könnt ihr bei uns im Büro oder überall, wo wir unterwegs sind erhalten.



Nach dem Militärputsch im Sudan im 2021 hat sich die Situation im Land zusehends verschlimmert. Seit der vorletzten Woche liefern sich die sudanische Armee und die paramilitärische Gruppe "Rapid Support Forces" einen bewaffneten Kampf. Hunderte Menschen wurden bereits getötet und über tausende verletzt. Dabei sind von dem Konflikt auch Stellen von internationalen Hilfsorganisationen und diplomatische Institutionen wie Botschaften direkt betroffen. Die Bundeswehr hat, abgestimmt mit unseren Partnern, Evakuierungsflüge durchgeführt, um Staatsbürgerinnen und Staatsbürger aus Deutschland oder unseren Partnerländern in Sicherheit zu bringen. **Dabei konnten rund 800 Menschen, darunter 230 deutsche Staatsbürger in Sicherheit gebracht werden.** Da die Lage vor Ort nicht einschätzbar war, mussten diese Flüge durch den Einsatz von bewaffneten Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr geschützt werden, weshalb wir am Mittwoch im Bundestag hierzu ein Mandat beschlossen haben. Dies musste in diesem Fall nachträglich geschehen, da Menschenleben in Gefahr waren und sonst wertvolle Zeit verstrichen wäre. Das Mandat umfasste den Einsatz von maximal 1600 Soldatinnen und Soldaten.

Jeder Mensch hat ein Recht darauf, in Würde und selbstbestimmt zu altern. Dabei ist Pflegebedürftigkeit nicht auf die Pflege im Alter begrenzt. Auch junge Menschen mit einer oder mehrfacher Behinderung benötigen häufig Unterstützung. Da die Mehrheit aller pflegebedürftigen Menschen in ihrem häuslichen Umfeld in gewohnter Umgebung durch Angehörige, Nachbarn oder Freundinnen und Freunde gepflegt werden, ist es umso wichtiger, dass die Solidargemeinschaft alle pflegebedürftigen Menschen und deren Angehörige nicht allein lässt. Wir wollen ihre Situation langfristig verbessern. Deshalb haben wir gestern in erster Lesung ein Gesetz zur Entlastung der Pflegebedürftigen und ihrer Angehörigen sowie Leistungsverbesserungen beraten. Wir stabilisieren die Pflegeversicherung finanziell, indem wir eine moderate Beitragserhöhung von 0,35 Prozentpunkten vornehmen. Dafür wird es auch Leistungsverbesserungen geben: Das Pflegegeld sowie die Pflegesachleistungen erhöhen wir in einem ersten Schritt um 5 Prozent. 2025 steigen sie dann erneut um 5 Prozent und ab 2028 steigen die Leistungen entsprechend der Inflation. Der jetzt vorgelegte Gesetzentwurf entspricht nicht dem, was wir uns unter einer Pflegereform vorgestellt haben. Ich bin der festen Überzeugung, dass wir es den vielen pflegenden Angehörigen schuldig sind, sie stärker zu unterstützen. Deshalb werden wir jetzt in den Verhandlungen und darüber hinaus noch in dieser Legislatur alles dafür tun, um weitere Verbesserungen zu erreichen.

Gestern war Girls´Day im Bundestag. Ich habe mich sehr gefreut, dass Sophie aus Wetzlar nach Berlin gekommen ist und spannende Einblicke hinter die Kulissen des Bundestages erhalten konnte. Schön, dass Du da warst!

Am kommenden Montag heißt es wieder: "Heraus zum ersten Mai!". Das Highlight findet dieses Jahr in Herborn statt. Neben dem Landrat wird auch Bundesinnenministerin Nancy Faeser auf der Kundgebung des DGB sprechen. Ich freue mich sehr auf viele bekannte Gesichter. Los geht es um 10:15 Uhr bei der IGMetall Herborn. In Wetzlar gibt es ab 11 Uhr vor dem Kulturzentrum Franzis eine Kundgebung und ein Familienfest.

Mit solidarischen Grüßen

Dagmar Schmidt

